

Liebe Sontheimerinnen und liebe Sontheimer,



herzlich bedanke ich mich für die Gelegenheit, mich im „andre Blättle“ wieder an Sie wenden zu dürfen. Als SPD-Landesvorsitzende und Kandidatin für den Bundestag freue ich mich über das Engagement der hiesigen SPD.

Ich bin im Land und im Wahlkreis viel unterwegs, führe Gespräche, höre zu. Was mir in diesen intensiven Wochen auffällt und auch missfällt, ist die Grundmelodie, die allgemein gespielt wird: Es geht uns allen gut. Wir wollen, dass es so bleibt. Wir spielen auf Halten. Ja, ich finde auch, sehr vielen Menschen geht es richtig gut, einigen sogar sehr gut. Nur glaube ich, dass denjenigen, denen es nicht gut geht, Menschen, die Sorge um ihre Arbeit haben, Arbeitnehmer, die nur eine befristete Stelle ergattert haben, Frauen, die gerne wieder in Vollzeit arbeiten würden, Rentner, die aufstocken müssen, kurz alle, denen es eben nicht rundum gut geht, dass diese sich gar nicht trauen, das offen auszudrücken. Denn es geht ja allen um sie herum scheinbar gut. Sie fragen sich, was sie wohl falsch gemacht haben. Und das wieder, finde ich nicht gut. Darum muss die Politik die Nöte aufnehmen, sie ernst nehmen, der Lautsprecher sein und eben auf Veränderungen drängen. Im Großen wie im Kleinen.

Jeder von uns kennt Schulkarrieren, die abgebrochen werden, weil die Familie sich die weitere Ausbildung nicht leisten kann. Jeder kennt überlastete Alleinerziehende, die jetzt schon wissen, dass sie mit ihren Minijobs keine vernünftige Rente bekommen werden. Wir haben uns daran gewöhnt, dass es schlechte Löhne für verantwortungsvolle Arbeit gibt, wie beispielsweise in der Pflege, in der Kita oder im Krankenhaus. Als Gewerkschafterin weiß ich, wovon ich spreche, wenn es um gerechte Löhne geht.

Eine kalte, berechnende Gesellschaft schadet



allen, deshalb ist für mich die solidarische Gesellschaft das höchste Ziel. Das Land, das wir als SPD wollen, redet die Probleme nicht klein, sondern geht sie ohne Scheuklappen an.

Die SPD wird mehr Gerechtigkeit schaffen. Wir wollen mehr Investitionen: in Bildung, nicht in noch mehr Waffen, Investitionen in die Breitbandversorgung, in öffentliche Einrichtungen und unsere Infrastruktur. Wir wenden uns gegen die Rente mit 70 und wollen, dass jeder und jede im Alter ein würdiges Leben führen kann. Dafür haben wir ein, wie ich finde kluges, Rentenkonzept auf den Tisch gelegt. Eine gerechte Besteuerung gehört dazu: Viele werden wir entlasten, sehr Reichen eine höhere Beteiligung zumuten. Die Arbeitgeber müssen sich an den Krankenkassenbeiträgen wieder hälftig beteiligen. Und wir wollen die Bürgerversicherung.

Ich trete als Kandidatin für diesen Wahlkreis an. Ich möchte gerne Ihre Abgeordnete werden und Sie mit einem starken Mandat in Berlin vertreten. Dafür bitte ich Sie, zur Wahl zu gehen. Ich bitte Sie, mir Ihr Vertrauen zu geben. Ich weiß, das ist ein Vertrauensvorschuss. Ich werde alles tun, dem gerecht zu werden.

Ich bitte Sie am 24. September um Ihre Stimme.

Ihre Leni Breymaier

Von Gemeinderätin Elisabeth Lahmeyer

Belegung des Seniorenheims

Das ASB-Seniorenheim an der Sontheimer Jakobstraße hat sich inzwischen zu einem stattlichen Bau entwickelt und wird voraussichtlich am 15.10.2017 eröffnet. Das Interesse an einem Platz ist groß, leider gibt es keine Adresse oder einen Ansprechpartner für eine Anmeldung.



Foto: Madeleine Franz

Dieses Versäumnis sollte schnellstens behoben werden, denn was wäre unser Seniorenheim zwar mit Personal aber ohne Bewohner? Freuen dürfen sich die künftigen Bewohner auf freundliche, helle, lichtdurchflutete Räume und einen gut konzipierten Innenhof, der zum Spazieren und Verweilen einlädt.



Infostand zur Wahl

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen,

besuchen Sie den SPD-Infostand auf dem Sontheimer Matthäusmarkt beim „Alten Rathaus“ am

**Donnerstag, den 21. 9. 2017,
ab 14 Uhr.**

Diskutieren Sie mit unserem Landtagsabgeordneten und SPD-Fraktionsvorsitzenden von Baden-Württemberg,

Andreas Stoch,

über die anstehende Bundestagswahl am 24. September 2017.

Wir freuen uns auf Sie !!!

Von Bernhard Fischer

Kein schöner Anblick

Bei der großen Fotovoltaik-Anlage am nördlichen Ortsrand von Sontheim in Richtung Bergenweiler lagert noch immer eine Menge Abfall. Dieser besteht aus Paletten, Kabeltrommeln, Zaunresten und Kabelresten, er liegt außerhalb des eingezäunten Bereichs und wächst bereits in die Wiese ein.



Foto: Bernhard Fischer

Schon am 22. Juni habe ich die Gemeinde per E-Mail mit einem beigefügten Foto über den Zustand informiert. Dabei habe ich gebeten, den Betreiber der Anlage aufzufordern, für die ordentliche Beseitigung des Mülls zu sorgen oder die Angelegenheit an eine zuständige Stelle weiterzuleiten.

Stand 5. September 2017: Keine Eingangsbestätigung auf mein Schreiben – auch keine Antwort der Gemeinde. Der Müll stapelt sich nach wie vor.



Besuchen Sie unsere Homepage und informieren Sie sich zu aktuellen politischen Themen:

www.spd-sontheim-brenz.de

Home
Aktuell
Politik
Partei
Service
Kontakt

Willkommen auf unserer Website!



Die Betrogenen im Dieselskandal



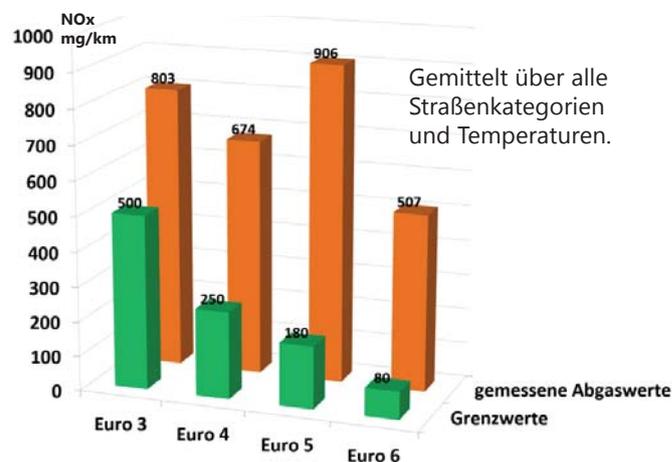
„Wer betrügt, der fliegt“ – markige Worte eines Salonlöwen gegen die Schwachen auf dieser Erde, den vor Hunger und Krieg Geflüchteten. Soll dieser Urteilsspruch auch gelten, wenn die Betrüger die Manager der heimischen Industrie sind, die großzügigen Arbeitgeber für ausgediente Politiker?

Die Betrogenen da sind die Besitzer von Dieselfahrzeugen und die Anwohner von verkehrsintensiven Straßen. Um bei Ersteren keine Wut auf Politiker aufkommen zu lassen, wird die Politik Fahrverbote für Innenstädte nach Möglichkeit zu vermeiden suchen, aber damit werden Letztere doppelt betrogen: Zunächst von der Autoindustrie und dann auch noch von den Regierenden! Sei's drum, eine eh benachteiligte Minderheit mit eh geringer Wahlbeteiligung.

Eine für beide der Betrogenen gerechte Lösung wäre gewesen, wenn unsere Regierung eine Nachrüstung der betroffenen PKW durch die Hersteller durchgesetzt hätte und zwar eine so weitgehende, dass diese im Alltagsbetrieb wenigstens die von der Regierung vorgegebenen Mindestnormen durchgehend einhalten – wobei anzumerken ist, dass auf Druck der Lobbyisten, diese gegenüber den von der EU angepeilten Werten von der Kanzlerin dereinst schon abgeschwächt wurden.

„Fördern und Fordern“ ein weiterer Spruch gemünzt von der Politik für die Arbeitslosen. Soll auch dieser seine Gültigkeit verlieren, wenn das Management der Autoindustrie betroffen ist? Gefördert wird die deutsche Industrie durch vielerlei finanzielle und gesetzliche Türchen und mittels der alltäglichen Kungeleien zwischen Regierenden und der Elite der Wirtschaft. Dafür wird von den führenden Ingenieuren eine Technik gefordert, die sich an vorgegebene Normen und Gesetze hält und zukunftsfähige Produkte auf dem Weltmarkt anbietet, um dadurch Arbeitsplätze sicher zu machen. Gefordert wird von der Industrie eine Nachrüstung mit Harnstoffkatalysatoren, die zwar die Gewinne und die Boni gefährden, nicht aber den Erhalt von Arbeitsplätzen! Unsere Regierung scheint sich zu scheuen, trotz ihren gewährten Fördermaßnahmen diese Forderung zu stellen. Ich fürchte, dass für den Fall, dass unsere industrielle Elite dieser moralischen Forderung nicht doch nachkommen sollte,

Durchschnittliche reale Abgasemissionen von Diesel-PKW verschiedener Schadstoffklassen im Vergleich zu deren Grenzwerten.



Schadstoff-Ausstoß bei Diesel-PKW: Im realen Verkehr überschreiten viele Autos die Grenzwerte massiv. Euro 5-Fahrzeuge schneiden dabei am schlechtesten ab.
Quelle: Umweltbundesamt 2017

viele Arbeitsplätze in Gefahr sind. Die dann arbeitslos Gewordenen wären die dritte Gruppe der durch diesen Skandal Betrogenen – für diese würde dann wieder gelten: „Fördern und Fordern“ und – Wer betrügt (z.B. beim Ausfüllen eines Antrags auf Gewährung von Hartz IV), der fliegt!

Die Lehre aus der Diesellaffäre: Wählt keine Parteien, die nur althergebrachte Herrschaftsverhältnisse schützen, sondern – der Arbeitsplätze, der Gerechtigkeit, der Umwelt und damit unserer aller Sicherheit wegen – Politiker und Parteien, die erstens Weitblick bewiesen haben und zweitens sich nicht mit einer reichen und betrügerischen Pseudoelite gemein machen!



Kreistag im Geheimen: Zuhörer nicht erwünscht?



Am 17. Juli 2017 tagte der Kreistag unseres Landkreises Heidenheim nach langer Zeit mal wieder in Sontheim. Doch war an diesem Tag in der Tageszeitung (HZ/HNP) weder im redaktionellen Teil noch bei den täglichen Terminen ein Hinweis darauf zu finden.

Sehr schade und eigentlich unverzeihlich finde ich es darüber hinaus, dass die Sitzung von der Gemeindeverwaltung auch im Nachrichtenblatt der Gemeinde überhaupt nicht erwähnt wurde. Wenn der Kreistag schon nur alle paar Jahre mal in unserer Gemeindehalle zusammentritt, sollten

unsere Bürgerinnen und Bürger (und auch Schüler bzw. Schulklassen) zu einer solchen Sitzung eingeladen werden, zumal Sontheim ja auch immerhin zwei Kreisräte stellt. **Wie sonst kann das Interesse an kreisspezifischen Themen und Problemen und an einem doch für uns alle wichtigen demokratischen Gremium geweckt werden?**

Wird so ein Termin nicht bekannt gemacht, darf man sich nicht darüber beklagen, wenn nur sehr wenige oder gar keine Zuhörer eine Kreistagssitzung besuchen.

Das sollte allen Wählern zu denken geben

Nebeneinkünfte

Bundestagsabgeordnete erhalten für ihre Tätigkeit ordentliche Diäten. Die gute Bezahlung ist angebracht und soll ihre Unabhängigkeit sichern. Ungut ist es jedoch, wenn Abgeordnete von oft dubiosen Organisationen, Interessenvertretern oder Firmen für zweifelhafte Beratertätigkeiten zusätzlich viel Geld bekommen. Fast ein Drittel der Abgeordneten hat in der zu Ende gehenden Legislaturperiode nach einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung insgesamt 37,6 Mio. € erhalten. Bemerkenswert ist, dass rund 81% dieser Nebeneinkünfte auf Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion entfielen.

Parteispenden

Große Unternehmen und sehr reiche Privatleute bevorzugen bei Spenden für Parteien schon immer CDU und FDP. Wie aus den Veröffentlichungen der Bundestagsverwaltung hervorgeht, verbuchten diese beiden Parteien im ersten Halbjahr 2017 den Löwenanteil der Spenden über 50.000 €.

Die CDU bekam 1,9 Mio. € und die FDP 1,5 Mio. €. SPD und Grüne erhielten dagegen jeweils nur 100.000 €.

Natürlich wollen die Spender mit ihrem Geld auf die Politik der Parteien zu ihren Gunsten Einfluss nehmen.



Von Corina Koller

Das ehemalige Hauptschulgebäude (GWRRS Sontheim) wird saniert

Der SPD-Ortsverein freut sich über die Entscheidung des Gemeinderats, das ehemalige Hauptschulgebäude in Sontheim energetisch zu sanieren. Trotz der angespannten Haushaltslage ist es richtig, dass auf Werterhaltung geachtet wird und kein Sanierungsstau aufkommt. Die zukünftigen Generationen werden so entlastet. Bemerkenswert sind auch die hohen Fördermittel des Landes, ohne die die Gemeinde dieses Projekt nicht stemmen könnte. Aus der Sitzungsvorlage der Gemeinderatssitzung vom 27.7.2017 (veröffentlicht auf der Homepage der Gemeinde Sontheim unter „Bürgerinformation“) kann man nachlesen:

Bezüglich der Sanierung der GWRRS Sontheim (ehemaliges Hauptschulgebäude) wurde ein Förderantrag der Gemeinde Sontheim an der Brenz beim Regierungspräsidium Stuttgart im Rahmen des Programmes „Ausgleichsstock II“ gestellt. Die Gemeinde Sontheim wurde durch das Landratsamt Heidenheim/Kommunalaufsicht unterrichtet, dass eine Fördersumme in Höhe von 800.000 € bewilligt wurde.



Foto: Madeleine Franz

Die Gemeinde Sontheim wurde durch das Landratsamt Heidenheim/Kommunalaufsicht unterrichtet, dass eine Fördersumme in Höhe von 800.000 € bewilligt wurde.



Was gerecht ist

Gerechtigkeit ist einer der Grundwerte der Sozialdemokratie. „Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht“, erklärt die SPD-Grundwertekommission.

Wenn Schüler in teuren Privatschulen besser unterrichtet werden als in staatlichen, ist das nicht gerecht. Wenn sich reiche Menschen Sicherheit kaufen können, arme aber in Angst leben müssen, ist das nicht gerecht. Und wenn Aktiengewinne niedriger versteuert werden als Arbeitseinkommen, ist das nicht gerecht.

„Zeit für mehr Gerechtigkeit“ fordern deshalb die SPD und Kanzlerkandidat Martin Schulz.

Wer war Jakob Häfele?



Im Frühjahr 2017 hat der Gemeinderat beschlossen, den Weg vom Sontheimer Friedhof zur Sporthalle (Hermann-Eberhardt-Halle) nach dem früheren Sontheimer Bürgermeister Jakob Häfele zu benennen. Den meisten jüngeren Einwohnern unserer Gemeinde sowie Neuzugezogenen dürfte dieser kaum bekannt sein. Deshalb hat die Blättlesredaktion Familie Dollhopf (Frau Annemarie Dollhopf ist die Enkelin von Jakob Häfele) gebeten, den folgenden Beitrag zu verfassen.

Jakob Häfele ist am 1.1.1887 in Brenz an der Brenz geboren, als Sohn des Johann Georg Häfele, Hausmetzger in Brenz, und seiner Frau Rosine geb. Honold aus Sontheim. Nach der Volksschule in Brenz besuchte er die Realschule in Giengen. Seine Lehr- und Gehilfenjahre in Stuttgart fanden ihren Abschluss 1910 mit der Mittleren Verwaltungsdienstprüfung. Im April 1913 wurde er zum Bürgermeister der Gemeinde Sontheim an der Brenz gewählt. Diese erste Amtszeit wurde 1914/1915 unterbrochen durch seine Teilnahme am ersten Weltkrieg. 1917 heiratete er die Sontheimerin Maria Widenmann, Tochter der Ochsenwirtsleute Johann Kaspar und Louise Widenmann.



So haben ihn manche Sontheimer noch in Erinnerung: Altbürgermeister Jakob Häfele. Foto: Fam. Dollhopf

Nicht einfach waren für ihn die Nachkriegsjahre als Bürgermeister von Sontheim, war doch äußerste Sparsamkeit bei den Kommunen notwendig. Ab den Zwanzigerjahren wurde von ihm eine ganze Reihe von Feldbereinigungen durchgeführt, so dass bis zum Beginn des 2. Weltkriegs die Feldbereinigung im gesamten Sontheimer Markungsgebiet abgeschlossen werden konnte. Dabei brachte er seine Vorliebe und sein Verständnis für die Natur ein, indem er Strauch- und Bauminseln inmitten der umgelegten Gebiete schuf, als Rückzugsorte für Singvögel und Insekten. Zum Beispiel besteht heute noch der Hain an der Straße nach Schwarzenwang.

Besondere Verdienste hat er sich bei der Wasserversorgung erworben. Seiner Initiative ist es zu verdanken, dass für die Gemeinden des unteren Brenztales 1929/31 eine zentrale Wasserversorgung hergestellt wurde. Er gründete die Brenzgruppe und war ihr Verbandsvorsitzender in den Jahren 1929 – 1933 und 1948 – 1954. Während seiner Tätigkeit wurden in sämtlichen Verbandsgemeinden die Wasserversorgungen gebaut, in Sontheim a.d. Brenz und in Haunsheim je eine Pumpstation und ein Hochbehälter errichtet.

Lange Jahre war er außerdem im Genossenschaftswesen der früheren Spar- und Darlehenskasse Sontheim a.d. Brenz tätig.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Januar 1933 wurde Jakob Häfele im April nicht mehr als Bürgermeister wiedergewählt. Da ihm kein Ruhegehalt gewährt wurde, betrieb er in den folgenden Jahren eine kleine Landwirtschaft, um seine Familie – er hatte eine Tochter und einen Sohn – ernähren zu können.

Ab Oktober 1938 wurde er als Verwaltungsaktuar beschäftigt, zunächst als Hilfsbeamter bei der Kreispflege im Landratsamt Heidenheim, ab Dezember 1943 als kommissarischer Bürgermeister der Stadt Niederstotzingen (bis September 1945).

Für die Wahlperiode 1948 bis 1954 wurde Jakob Häfele am 14. März 1948 erneut zum Bürgermeister von Sontheim gewählt, nachdem er dort seit 1946 als Verwaltungsaktuar tätig war. In diesen Zeitraum fiel eine beachtliche Aufbauleistung der Gemeinde Sontheim. Die Ansiedlung der Fa. Röhm hat er tatkräftig unterstützt. Sehr bemüht hat er sich in diesen Jahren um den Ausbau der Ortsdurchfahrt einschließlich der Kanalisation der Hauptstraße. Die Baumaßnahme wurde vom Kreis und der Gemeinde in den Jahren 1950/51 durchgeführt. Die Erstellung der Leichenhalle fiel ebenfalls in seine Amtszeit. Tatkräftig hat er in diesen Jahren aber auch die Erschließung von Baugebieten vorangetrieben (Hülenberg) und den sozialen Wohnungsbau (Schwarzenwanger Straße) gefördert. Die Wohnungsnot war ein großes Problem. Im Heimatbuch kann man lesen: „Die Einwohnerzahl hatte sich in Sontheim von 1733 Personen (1939) auf 2435 (1949) erhöht. Darunter waren 1838 Einheimische, 500 Heimatvertriebene, 31 Jenaer Wissenschaftler und 66 Evakuierte. In der Gemeinde gab es 42 Elendsquartiere mit 3 und mehr Personen in einem Raum. Im Durchschnitt standen je Person 6,5 m² Wohnraum zur Verfügung. Die Wohnungsnot war groß“. Mit Sorge, aber auch mit berechtigter Zuversicht, bemühte er sich um die Ansiedlung und die Integration der mehr als 500 Heimatvertriebenen.



Foto: Madeleine Franz

Seinen Ruhestand verbrachte Jakob Häfele mit seiner Frau, der Familie seiner Tochter Luise – sein Sohn Georg ist 1941 gefallen – in seinem Haus in der Neustraße. Bis kurz vor seinem Tod am 9.1.1977 beschäftigte er sich mit seinen Tieren (Ziegen, Schafe, Geflügel, Tauben, Bienen). Vielen älteren Sontheimern ist noch gut in Erinnerung, wie er seine Ziegen am Grasstreifen entlang der eingestellten bayrischen Bahn ausführte. Dabei überquerte er jedes Mal den damals noch namenlosen Weg, der jetzt nach ihm benannt ist.

Der absolute Wahnsinn

Wann endlich kommt die Menschheit auf unserem Planeten zur Vernunft?

Dies frage ich mich angesichts der irrsinnig hohen Beträge, die weltweit für militärische Rüstung ausgegeben werden. Das renommierte Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI hat ermittelt, dass 2016 die fast unvorstellbar hohe Summe von 1,5 Billionen \$ (das sind 1.500 Milliarden \$ oder 1.500.000 Millionen \$) für Rüstungszwecke aufgewendet wurden.

An der Spitze der Militärausgaben liegen die USA mit 611 Mrd. \$, gefolgt von China mit 215 Mrd. \$, Russland mit 69,2 Mrd. \$ und Saudi-Arabien mit 63,7 Mrd. \$. Und in Deutschland fließen jährlich immerhin auch 41,1 Mrd. \$ in den Militärbereich. Es ist übrigens schon bemerkenswert, dass die Amerikaner rund neunmal so viel fürs Militär ausgeben wie die Russen und dass das erzkonservative Regime der Saudis unverhältnismäßig viel Geld in die Rüstung steckt.

Anstatt sich um die wahren Zukunftsprobleme auf unserem Planeten zu kümmern, geben die Staaten Unsummen aus, um sich gegenseitig bedrohen oder gar vernichten zu können. Mit den 1.500 Mrd. \$ könnten dagegen echte Probleme wie Hungersnöte, Umweltzerstörung, Unterentwicklung, Überbevölkerung, Meeresverschmutzung, CO₂-Anstieg und Klimaveränderung effektiv bekämpft werden. Zur Lösung all dieser Probleme jedoch – so wird uns gesagt – fehle halt das nötige Geld! Auch bei uns in Deutschland könnte man die Rüstungsmilliarden etwa zur besseren Krankenhausfinanzierung, zur Sanierung von Schulen sowie zum Erhalt und Ausbau des Straßen- und Schienennetzes dringend gebrauchen. Es ist deshalb absolut unverständlich, dass die Trump-Regierung der USA und auch die NATO von Deutschland und weiteren NATO-Staaten fordern, die Rüstungs-

Milliarden fürs Militär

Staaten mit den höchsten Militärausgaben im Jahr 2016 in Milliarden Dollar		Veränderung seit 2007 in %
USA	611 Mrd. Dollar	- 5
China	215 ¹⁾	+ 118
Russland	69,2	+ 87
Saudi-Arabien	63,7 ¹⁾	+ 20
Indien	55,9	+ 54
Frankreich	55,7	+ 3
Großbritannien	48,3	- 12
Japan	46,1	+ 3
Deutschland	41,1	+ 7
Südkorea	36,8	+ 35
Italien	27,9	- 16
Australien	24,6	+ 29
Brasilien	23,7	+ 18
V. A. Emirate	22,8 ¹⁾²⁾	+ 123
Israel	18,0	+ 19

dpa•26560 1) Schätzung 2) Daten von 2014 Quelle: Sipri

ausgaben deutlich zu erhöhen. Von Deutschland wird dabei sogar eine Verdopplung erwartet! Große Teile der CDU/CSU und der FDP scheinen bereit zu sein, diesen Forderungen in Zukunft schrittweise nachzukommen. Da bin ich froh, dass zumindest die SPD und ihr Kanzlerkandidat Martin Schulz dies ganz klar ablehnen.



Steuertransparenzpflicht für Multis

Zukünftig sollen Großunternehmen öffentlich machen müssen, wo sie weltweit welche Gewinne erzielen und wieviel Steuern sie darauf bezahlen. Das hat das Europaparlament auf Drängen der sozialdemokratischen Fraktion im Juli 2017 endlich beschlossen.

„Die gute Nachricht ist, dass wir unserer langjährigen Forderung, die Karten beim Thema Steuern endlich offen zu legen, einen wichtigen Schritt näher gekommen sind. Die schlechte Nachricht ist allerdings, dass Konservative und Liberale die sozialdemokratischen Vorschläge verwässert und Schlupflöcher geschaffen haben“, so die SPD-Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann.

„Die Möglichkeit, dass manche Unternehmen von der Regelung ausgenommen werden können, unterwandert die öffentliche Berichterstattungspflicht. Es darf keinen Freifahrtschein geben“, stellt der baden-württembergische Europaabgeordnete Peter Simon klar. (Dieser hatte übrigens bei der Bundestagswahl 2005 im Wahlkreis Aalen-Heidenheim kandidiert und war auch mehrmals bei uns in Sontheim.

Inzwischen gilt er im Europaparlament als anerkannter Steuerexperte und Finanzfachmann).

Auf der Strecke blieb leider auch der sozialdemokratische Vorschlag, dass bereits Unternehmen ab 40 Mio. € und nicht nur Konzerne ab 750 Mio. € Jahresumsatz der Offenlegungspflicht nachkommen müssen.

„So sind nur 10% bzw. 1.900 Firmen statt 20.000 im Blickfeld der Steuerbehörden“, kritisiert Simon. Durchsetzen konnten die Sozialdemokraten dagegen, dass die detaillierte Berichtspflicht die weltweiten Aktivitäten der Multis umfasst und nicht nur auf die EU beschränkt bleibt.

„Wir wollen global nachvollziehen können, wie die Steuergestaltungsmodelle der Großunternehmen aussehen, um gegen die aggressive Steuervermeidung vorgehen zu können“, unterstreicht Peter Simon.

Wir wollen Gerechtigkeit für Alle - und das stellen wir uns so vor:



Wir sorgen dafür, dass auch in den Metropolen die Mieten bezahlbar bleiben und der Erwerb von Wohneigentum gefördert wird.
Wir schaffen schnelles Internet und „Breitband für alle“. Dabei werden wir die Unterschiede zwischen Land und Stadt abbauen.
Wir sorgen dafür, dass die Beiträge für die Krankenversicherung wieder zu gleichen Anteilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlt werden.
Wir stärken den Gründergeist durch mehr private und öffentliche Investitionen.



Wir machen Bildung gebührenfrei – von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meisterprüfung.
Wir investieren in unsere Schulen und schaffen das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern ab, damit die Hilfe auch da ankommt, wo sie gebraucht wird.



Wir schützen die Umwelt durch effizientere Nutzung der Energie. Wir machen Deutschland zu einer treibhausgasneutralen Gesellschaft.
Wir sind gegen eine Erhöhung der Rüstungsausgaben, stattdessen werden wir eine Abrüstungsinitiative starten und den Export von Kleinwaffen außerhalb der EU und NATO verbieten.
Wir schaffen 15.000 neue Stellen bei der Polizei – und sorgen damit für mehr Sicherheit.



Wir fördern durch gesetzliche Regelungen, dass Frauen und Männer den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit erhalten.
Für sichere Arbeit schaffen wir die sachgrundlose Befristung ab.



Wir wollen eine europäische Verfassung, die wirtschaftlichen Erfolg mit sozialem Fortschritt und mehr Demokratie verbindet.
Wir schaffen ein Einwanderungsrecht, um qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen.



Wir werden das Renteneintrittsalter nicht weiter anheben und das Rentenniveau stabil halten.



Wir ermöglichen Eltern, berufliche und familiäre Aufgaben untereinander gerecht aufzuteilen – durch eine Familienarbeitszeit und mit Hilfe guter Betreuung in Kita, Hort und Ganztagschule. Wir entlasten Familien, indem wir bspw. die Kitagebühren abschaffen.

**Nutzen Sie Ihr Wahlrecht: Am 24. September 2017 bei der Bundestagswahl
Erststimme für Leni Breymaier, unsere Kandidatin für den Wahlkreis Aalen-Heidenheim.
Zweitstimme für die SPD.**

Bundestagskandidatin Leni Breymaier besuchte auf ihrer Radtour auch unsere Gemeinde Sontheim/Brenz



Die SPD-Landesvorsitzende Leni Breymaier ist Bundestagskandidatin in unserem Wahlkreis Aalen-Heidenheim. Um die Städte und Gemeinden dieses großen Wahlkreises noch besser kennenzulernen und dabei mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, war sie in letzter Zeit zusammen mit ihrem Ehemann jeden Tag per Fahrrad unterwegs. Kürzlich radelten die Breymaiers unter Führung des ehemaligen Gemeinde- und Kreisrates Willi Häfele von Niederstotzingen nach Sontheim. Über Schulzentrum, Georgskirche, Gemeindehalle, kath. Kirche und Rathaus kamen die



Bundestagskandidatin Leni Breymaier (4. von links) im Hof des Brenzer Schlosses neben dem stellvertr. Ortsvereinsvorsitzenden Richard Fussenecker (links) und Gemeinderätin Sabine Malisi (ganz links).
Fotos: Dorothee Mähler

Radler zum Brenzer Schloss. Hier wurden sie im Innenhof von Mitgliedern des SPD-Ortsvereins und etlichen Bürgerinnen und Bürgern empfangen. Willi Häfele gab einige Erläuterungen zur Geschichte des Schlosses und der romanischen Galluskirche. Leni Breymaier war von diesem historischen Ensemble sehr beeindruckt. Einige Anwesende nutzten dann die Gelegenheit, mit der Politikerin zu diskutieren, ihr Fragen zu stellen und Wünsche vorzutragen.

Nach einer kleinen Stärkung fuhr die Sozialdemokratin dann mit einigen Mitradlern über die Brenzer Turnhalle nach Bergenweiler und weiter über die Hürbembündung und an der renaturierten Brenz vorbei nach Hermaringen, wo sie bereits vor dem Rathaus erwartet wurde.



Bundestagskandidatin Leni Breymaier (Mitte) auf ihrer Radtour am Aufgang zum Brenzer Schloss.



Spendenkonto: KSK Heidenheim
BIC: SOLADES1HDH
IBAN: DE17 63250030 0001138823

Verantwortlich: Corina Koller
Günther Neumann
Redaktionsanschrift: Württembergstr. 8
89567 Sontheim
corinafranz@yahoo.de

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Sontheim-Brenz
Lange Str. 22
89567 Sontheim
Herstellung:
Layout: Günther Neumann
Druckerei: Benz, Giengen/Brenz
Auflage: 2.200

